

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Die Reaktion sitzt im Sattel — sie wird auch reiten.

I.

Als am Abend des Hauptwahltages eine von Alkohol und Kolonialbegeisterung erfüllte Menschenmenge, die der Polizeipräsident in seinem amtlichen Berichte „eine singende, pfeifende und johlende Menge“ nannte, durch die Berliner Straßen zog und unter schauerlichem Gebrüll, das der Reichskanzler „eine patriotische Ovation“ nannte, vor dem Reichskanzlerpalais Posto faßte, trat Fürst Bülow auf die Veranda und hielt eine seiner schönen, mit Zitaten gespickten Reden, in denen er so groß ist. Er zitierte ein Wort seines Vorgängers Bismarck: „Sitzt das deutsche Volk in den Sattel, reiten wird es schon!“ und meinte dann ganz naiv, durch die Wahlagitiation der nationalen Parteien sei das deutsche Volk in den Sattel gehoben worden und durch seine Stimmenabgabe habe es bewiesen, daß es reiten könne. Und als am Abend des Stichwahltages wiederum eine animierte Menschenmenge die Berliner Straßen durchzog, und diesmal vor dem kaiserlichen Schloß Halt machte, trat der Kaiser auf die Brüstung des Mittelalters und sprach: „Ich danke Ihnen, meine Herren, von ganzem Herzen für die Huldbigung, die Sie mir heute dargebracht haben. Sie entspringt dem Bewußtsein, daß Sie Ihrem Vaterlande gegenüber Ihre Pflicht getan haben, und das Wort unseres Reichskanzlers, das er zu Ihnen gesprochen hat, wahr wird: „Deutschland kann reiten, wenn es will!“ Ich bin der seltensten Ueberzeugung, wenn wie bisher alle Stände, hoch und niedrig, alle Konfessionen einig zusammenstehen, dann werden wir nicht nur reiten, sondern alles niederreiten, was sich uns entgegenstellt.“ Nachdem die brausenden Hurrahrufe verklungen waren, die diese schneidige Reiterattache begleiteten, wälzte sich die Menge weiter zum Reichskanzlerpalais und Fürst Bülow redete noch einmal: „Was bei den Hauptwahlen gestiegen und heute bei den Stichwahlen weitere schöne Erfolge erungen hat, das ist der deutsche Geist, der gekämpft hat allerwegen, der noch kämpft zu dieser Frist und der darum nicht erlegen, weil er ja unsterblich ist. Wenn wir diesem deutschen Geiste treu bleiben, und wenn vor allem die deutsche Jugend festhält an diesem Geist und sich mit ihm erfüllt, dann können wir ruhig und freudig in die Zukunft des Vaterlandes blicken.“

Es sollte uns leid tun um unser liebes deutsches Vaterland, wenn der Kanzler recht hätte und wenn alle die Gemeinheiten und Verdrehungen und Unwahrheiten und Verleumdungen, mit der man im Wahlkampf die Sozialdemokratie überschüttet hat, dem „deutschen Geiste“ aufs Schuldkonto gesetzt werden müßte. Der wahre deutsche Geist weiß sich frei von einer solchen Kampfesweise und wir müssen es als eine Entstellung des Sachverhalts bezeichnen, eine derartige Behauptung aufstellen zu wollen. Mag sich der Kanzler doch einmal die Flugblätter des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ansehen und sich dann ehrlich fragen, ob ein Kampf, wie er von dieser Verleumderlippe geführt worden ist, etwas mit dem deutschen Geiste zu tun hat. Doch wir wollen mit dem Kanzler, der das Wortgeklingel liebt, ohne auf den Sinn zu achten, nicht zu streng ins Gericht gehen und wir sind überzeugt, es wird noch einmal eine Zeit kommen, in der die Wahrheit hindurchbrechen wird durch den wüsten Nebel der Lüge und Dummheit. Dann erst wird der deutsche Geist zu Ehren kommen.

Einstweilen müssen wir mit der gegebenen Tatsache rechnen, daß der freiheitliche Gedanke in den Hintergrund gedrängt worden ist und daß die Entwicklung zur Emanzipation des Proletariats hin einigermaßen ins Stocken geraten ist. Es trifft nicht zu, daß sich das deutsche Volk in den Sattel gesetzt hat und nun drauf los reiten wird — von einem Niederreiten ganz zu geschweigen — die Sache liegt vielmehr anders. Die Reaktion, die rückschritt-

liche Sippchaft, hat sich infolge der Verblendung weiter Volkskreise in den Sattel gesetzt und reitet, über die Freiheit hinweg, das deutsche Volk in geistige und wirtschaftliche Knechtschaft hinein. So liegt die Sache in Wahrheit und selbst unbefangene bürgerliche Politiker räumen heute schon unumwunden ein, daß es eine pyramidale Dummheit war, die freiheitliche Strömung im Volke zu hemmen und der schwärzesten Reaktion Vorspanndienste zu leisten. „Jede freiheitliche Forderung“, so schreiben die sog. entschiedenen liberalen Zeitungen, „wird an der konservativ-kerikalen Reichstagsmehrheit scheitern. Die liberalen Parteien können, wie die Dinge nun einmal liegen, aus eigener Kraft ihre Grundzüge nicht zur Geltung bringen, und die liberalere Gestaltung unseres Staatslebens bleibt andauernd vom guten Willen der Regierung abhängig. Es liegt sich ja sehr schön, wenn in allen Versammlungsreden jetzt wieder versichert wird, der Liberalismus werde jederzeit tapfer und unüberwunden die Reaktion bekämpfen, aber einstweilen ist es Tatsache, daß die Stärkung der Reaktion im Reichstage mit Hilfe dieser Versammlungsredner erfolgt ist. Gewiß, diese Herren haben die Sozialdemokratie niederringen wollen, die auch uns nicht sympathisch ist — aber auf solchen Wegen gelangt man zur Willigung der reaktionärsten Maßnahmen.“ Und selbst die zahme „Bölnische Zeitung“ weist auf die Stärkung der Zentrumspar- tei hin und jammert: „Die Gefahren, die vom Ultramontanismus drohen, werden noch größer dadurch, daß die konservative Rechte, die bisher schon aus ihrem Liebeswerben um die Gunst des Zentrums kein Hehl gemacht hat, stärker geworden ist. Die Gefahr eines kerikal-reaktionären Regiments ist damit in erhöhtem Maße und in naheliegender Weise zu befürchten.“ Und die wirtschaftlichen Freiheit haben allen Anlaß, in den kommenden Monaten auf ihrer Hut zu sein.“ Da haben wir denn die Bescherung und der Kassenjammer ist schon eingetreten, ehe noch der Rausch verklungen ist.

Wer den aus Horniertheit, Heuchelei und Egoismus gemischten Charakter der preussisch-deutschen Reaktion kennt, dem nutzt es ganz merkwürdig an, Deuten zu begegnen, die vom sozialpolitischen, arbeiterfreundlichen Standpunkte aus dem neuen Reichstage jubeln, trotzdem sie eigentlich besser wissen sollten, wie es kommen wird. So bringt es Professor Dr. Franke, der Herausgeber der „Sozialen Praxis“ fertig, folgende Sätze niederzuschreiben: „Die Forderung des Tages, die der Reichskanzler vor dem Volke aufgestellt hatte: die Erwählung einer zuverlässigen Mehrheit für nationale Fragen, wird erfüllt werden, Konservative, Christlich-Soziale, Reichspartei, Nationalliberale, Freisinnige der verschiedenen Richtungen, die am 18. Dezember 1906 in der Minderheit blieben, werden im neuen Reichstag für die Macht, das Ansehen, die Würde des Reiches eine Mehrheit bilden. Dessen freuen wir uns auch vom sozialpolitischen Standpunkt aus; denn nur ein politisch und wirtschaftlich starkes, in gesicherter Umfriedung wohnendes, frisch seine Kräfte regendes Volk kann eine gesunde, der Hebung der Massen dienende, vor dem inneren Verfall behütende Sozialreform treiben.“ Und nach diesem Phrasengebimmel, hinter dem nichts steckt, fährt der Herr Professor fort: „Das Wahlergebnis scheint uns aber auch der Fortführung der Sozialpolitik günstige Aussichten zu eröffnen. Diejenigen Parteien, auf deren positivem Zusammenarbeiten mit der Regierung die sozialpolitische Gesetzgebung seit langen Jahren beruht, kehren zum mindesten in der gleichen Stärke in den Reichstag zurück. Und die bisher führenden Sozialreformer in den einzelnen Fraktionen sind sämtlich im ersten Wahlgange gewählt oder stehen in aussichtsreicher Stichwahl. Neue sozialpolitische Autoritäten sind für den Reichstag gewonnen. Und vielleicht rücken auch noch einige nationale Arbeitervertreter hinzu. Die Niederlage der

Sozialdemokratie aber muß den anderen Parteien doppelt die Verpflichtung auferlegen, den Massen der Unbemittelten und Bedürftigen den Beweis durch Taten zu führen, daß ihr Schicksal in schlechten Händen liegt und daß die bürgerliche Mehrheit des Reichstages bereit ist, den berechtigten Beschwerden der Schwachen abzuhelfen und eine kraftvolle Sozialreform zu Fuß und Frommen des Staates durchzuführen.“

Der gute Mann hat einen Glauben, mit dem man Berge versetzen kann. Er scheint gar keine Ahnung davon zu haben, daß das Ausbeutertum, das gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen ist, sich den Teufel um den Schuß der Schwachen und um eine kraftvolle Sozialreform kümmert. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ tadelt es bereits, daß man bei der Wahl der großen Masse seitens der bürgerlichen Parteien Versprechungen gemacht habe, die unsinnig und unerfüllbar seien. Sie warnt vor den katholischen Sozialdemokraten und schreibt: „Ein Zentrumsmann, wie z. B. Herr Giesberts, ist für die bestehende Staatsordnung ebenso gefährlich wie Bebel, weil er und seinesgleichen die Zentrumsfraktion in den Sumpf sozialpolitischer Experimente hineinziehen, welche zum letzten Ende doch nur zum Vorteil der Sozialdemokratie ausschlagen. Für uns Arbeiter ist es also Pflicht, dafür zu sorgen, daß kein Zentrumskandidat gewählt wird, welcher auf dem Boden der Giesberts und Genossen, das ist auf dem Boden der katholischen Sozialdemokratie, steht. Dieser Pflicht müssen die katholischen Arbeitgeber innerhalb des Zentrums eingedenk sein.“ Und dann spottet die Zeitung über die „blafroten Politiker um Barth und Naumann“, die für Staat und Gesellschaft noch gefährlicher seien, als die vollroten Kollegen, worauf sie schließt: „Es gilt eine reinliche Scheidung zu machen und alle verkappten und verschämten Sozialdemokraten, sowie alle unklaren Köpfe, welche voller Illusionen liebevoll sich den Sozialdemokraten nähern, von den bürgerlichen Parteien abzuschütteln. Meines Haus müssen wir machen; wer nicht klar und entschieden für uns ist, der ist gegen uns und darf demgemäß keine Stimme aus dem bürgerlichen Lager erhalten. Wird durch diese reinliche Scheidung die Zahl der bürgerlichen Abgeordneten auch etwas kleiner, so wird dafür der nachbleibende Rest um so geschlossen und kräftiger.“

Wenn man solche Sätze in dem maßgebenden Organ des Unternehmertums liest und wenn man auch aus anderen Rundgebungen den Standpunkt der deutschen Unternehmer kennt, so klingt es geradezu wie ein Hohn, wenn Professor Franke sich über die Schwächung der Sozialdemokratie freut und darin einen Fortschritt für die Sozialpolitik erblickt: „Jetzt ist ein Hemmschuh einer gedeihlichen Entwicklung beseitigt. War die Sozialdemokratie häufig eine Helferin reaktionärer Bestrebungen, so ist jetzt die Bahn frei für die nationale Arbeiterbewegung und die Gründung der Arbeiterorganisationen. Nun muß sich zeigen, ob auch die Regierung die Forderung des Tages auf sozialpolitischem Gebiete begreift: Nicht Stillstand, nicht Rückschritt, sondern gerade weil die Sozialdemokratie einen so schweren Schlag erhalten hat, jetzt verdoppelte Fürsorge für die Massen, die ein Unrecht auf den Schuß des Staates und auf Gleichberechtigung haben. Nur so wird man den Sieg wirklich ausnützen und befestigen. Daß an sehr maßgebenden amtlichen Stellen diese Auffassung herrscht, wird uns aus unanfechtbaren Quellen bestätigt. Mögen dieser Gesinnung bald Taten folgen!“ Na, es wird nicht lange dauern und es werden dem Herrn Professor die Augen aufgehen. Dann wird er die wahren Absichten der Sieger im Wahlkampf kennen lernen. Doch darüber sprechen wir in einem zweiten Artikel.

